



## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 518

Mittwoch, 19. September 2012

19. Jahrgang

### Der Hafen Puerto Quetzal und die Suche nach Transparenz

*Guatemalas' Politik streitet darum, wie Korruption, insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bekämpft werden kann. Oder positiv formuliert, wie Transparenz hergestellt werden kann. Aktueller Bezugspunkt für die Diskussionen, die vor allem im Kongress stattfinden, sind der etwas undurchsichtige Verkauf der Hafengesellschaft in Puerto Quetzal, Department Escuintla, an ein spanisches Unternehmen. Ausgehend von diesem Fall soll im Folgenden über das offenbar komplizierte Gesetzgebungsverfahren über das Gesetz zur Transparenz berichtet werden. Die Inhalte stammen aus den Wochenberichten des Guatemalteckischen Studienzentrums CEG sowie Regierungs-Homepages.*

#### Puerto Quetzal

Der Hafen von Puerto Quetzal ist von seinem Umschlagsvolumen einer der wichtigsten Häfen in Guatemala. Bis vor kurzem war er im Besitz der staatlichen Empresa Portuario Quetzal (EPQ). Der Hafen wurde zwischen 1980 und 1983 (inmitten der Zeit der schlimmsten Diktaturen und des Bürgerkrieges) gebaut. Seit 1983 können sich auch private Unternehmen an Tätigkeiten und Dienstleistungen im Hafen beteiligen. 1985 wurde die EPQ gegründet (siehe [www.puerto-quetzal.com](http://www.puerto-quetzal.com)). Insgesamt beherbergt der Hafen eine Lagerfläche von 14,5 ha bei einer Gesamtfläche von 835,15 ha. Die EPQ war anfällig für Korruption. Es gab auch Berichte, dass sie bzw. einzelne führende Mitarbeiter in den Drogenhandel verwickelt waren (**¡Fijáte!** 265). HafenarbeiterInnengewerkschaften wurden ungern gesehen. Das gilt z.B. für die Zeit, in der über die Privatisierung des Hafens diskutiert wurde, und die Gewerkschaft eine Kampagne dagegen startete. Der Gewerkschaftsführer Pedro Zamora wurde im Januar 2007 von Unbekannten brutal ermordet (**¡Fijáte!** 429).

#### Der Kontrakt mit der spanischen Transporte de Contenedores de Barcelona

Am 11. Juli 2012 wurde ein Kontrakt geschlossen zwischen der EPQ und dem spanischen Hafenbetreiber Transporte de Contenedores de Barcelona (TCB), nach der die Transporte de Contenedores Quetzal, Tochterunternehmen der TCB einen Niessbrauch über Teile des Hafens für 25 Jahre. TCB ist ein transnationales Unternehmen, das an den Häfen von Havanna/Kuba, El Progreso/Mexiko, Buenaventura/ Kolumbien, Paranagúa/Brasilien, im Mittleren Osten und Indien sowie in Gijón, Valencia, Barcelona, La Palma und Teneriffa in Spanien beteiligt ist. Die Tochterfirma wurde erst am 14. Mai gegründet und ist seitdem im Handelsregister mit einem Kapitalstock von erstaunlichen 5.000 Quetzales (500 Euro) registriert. In dem Vertrag geht es um die Überlassung von 350 ha, auf denen ein Hafen für Spezialcontainer gebaut und betrieben werden soll. Von Seiten der EPQ wurde der Vertrag von den Wirtschaftsprüfern Allen Maroquin und Julio Sandoval geprüft und für gut befunden. Der Kaufpreis ist 1 Mio. \$ pro Jahr. Erst am 2. August wurde der Vertrag offiziell von Präsident Perez Molina bekannt gegeben. In drei Phasen würden insgesamt 255 Mio. \$ investiert. Seitdem überschlugen sich die Ereignisse.

#### Proteste der Gewerkschaften in Puerto Quetzal

Nachdem die Gewerkschaft der HafenarbeiterInnen von dem Vertrag hörten, gingen sie ab 3. August auf die Straße und blockierten später den Zugang zum Hafen. Sie besetzten auch in einer permanenten Versammlung die Verwaltungsgebäude der EPQ. Zunächst kritisierten sie, dass sie über den Deal nicht informiert worden sind. Sie befürchten, dass wenn die Leitung von TCB durch unlauteren Wettbewerb hohe Gewinne erziele, sie in der nahen Zukunft zu dem Schluss kommen könnten,

#### **Inhaltsverzeichnis**

<b>Der Hafen Puerto Quetzal und die Suche nach Transparenz.....</b>	<b>1</b>
<b>Ex-Polizeichef in Genf verhaftet..</b>	<b>3</b>
<b>Neues in der Parteienlandschaft..</b>	<b>4</b>
<b>Strategiediskussion bei der URNG .....</b>	<b>4</b>
<b>Was deutsche Medien über Guatemala berichten: Vulkan Fuego spuckt.....</b>	<b>4</b>
<b>Solidaritätshängematte.....</b>	<b>5</b>

dass man den 'alten' Hafen nicht mehr brauche. Dann gäbe es negative Konsequenzen für die ArbeiterInnen. Ein paar Tage später wurde – veredelt durch die Unterschrift des Präsidenten Pérez Molina - ein Abkommen geschlossen, dass das Terrain des Hafens nicht an die TCB übergeben werden und der entsprechende Vertrag suspendiert bleibe. Während die GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen – sich auf dieses Abkommen verlassend - wieder an die Arbeit gingen, erklärte Allen Marroquin, dass der Dialog zwar weitergehen und der Vertrag überprüft, aber nicht annulliert werde. Die Gewerkschaft scheint zwischen der grundsätzlichen Kritik an der Privatisierung und der Hoffnung auf sichere Arbeitsplätze zerrieben zu werden.

### **Lavieren der Regierung**

Nach den Protesten der Gewerkschaften hat die Regierung das Inkrafttreten des Vertragsinhaltes vorläufig suspendiert. Es gab gleichwohl Gerüchte, dass die Vizepräsidentin Roxana Baldetti die Übergabe an TCB in Escuintla bereits plante. Am 23. August wurde der Kontrakt offiziell vorgestellt, wobei allerdings alle KritikerInnen, also sowohl die Gewerkschaften wie die Kongressabgeordneten zunächst nicht geladen waren. Die Regierung ist der Ansicht, dass es sich bei dem Niessbrauch nicht um eine Konzession handelt, während im Vertrag selbst davon die Rede ist, dass nach 25 Jahren ein einfacher Antrag ausreichen würde, um den Vertrag zu verlängern. Die Regierung möchte Investoren ins Land holen und den Hafen modernisieren. Ein Vertragsabschluss ohne öffentliche Ausschreibung und Kontrolle durch den Kongress, wie ihn das Gesetz über staatliche Kontrakte vorschreibe, soll die Erlangung dieses Ziel letztlich nicht behindern. Der Anwalt der EPQ, José Quesada, erklärte – heißt es im Internet-Blog *Reflejos* - dass die Verfassungsartikel 124 und 131 eigene Regeln für unabhängige staatlichen Institutionen festlegten und dass die Statuten des EPQ dem Leitungsgremium die rechtsgültige Unterzeichnung eines solchen Vertrages erlaubten. So sieht es auch die Regierung.

### **Kritik aus der Zivilgesellschaft**

Das sehen Teile der Zivilgesellschaft anders. Sie kritisieren die schon angedeutete Verletzung des Gesetzes über Staatliche Verträge. So sagte Alejandro Balsells, Vizepräsident des Zentrums für die Verteidigung der Verfassung (CEDECON), dass das Verfassungsgericht entschieden habe, dass bei öffentlichen Institutionen ein Wirtschaftsprüfer kein Niessbrauch vergeben dürfe, der über einen längeren Zeitraum gehe als er selbst im Amt sei, weil er keine Verfügungsbechtigung habe, sondern nur Verwalter sei. Zudem müsse er eine profunde Analyse vorlegen. „Das staatliche Unternehmen hätte eine öffentliche Ausschreibung machen und der Kongress eingeweiht werden müssen, meint auch Manfredo Marroquín von der Bürgerrechtsaktion. Ein Wirtschaftsprüfer habe solche Befugnisse nicht. Angesichts der Bedeutung des Hafens Puerto Quetzal, hätte der Prozess öffentlich ausgebreitet werden müssen. „Der Präsident sagte, dass es eine gute Entscheidung sei, aber die Wahrheit ist, dass die Art, wie sie getroffen würde, Zweifel weckt.“, schließt er. Carlos Vega, Analyst der Vereinigung für Sozialforschung und Sozialstudien (ASIES) meinte, dass der ganze Vorgang auf dem Portal Guatecompras hätte erscheinen müssen. Diese Geheimhaltung schaffe Misstrauen, vor allem da die Regierung doch immer Transparenz versprochen habe. Nicht nur die!

### **Der Kongress fordert Transparenz...**

Der Kongress hat sich einen Ausschuss für Transparenz gegeben. Sein Vorsitzender, Amílcar Pop, Abgeordneter von WINAQ, spricht sich vehement gegen den Vertrag aus und forderte wiederholt den Rücktritt von Allen Marroquin als dem Hauptverantwortlichen für den – wie er meint – gesetzwidrigen Vertrag. Durch das Vorgehen seien die gesetzlich festgelegten Wege verlassen worden, ein Vorgehen, das Klientelismus und Korruption Tür und Tor öffne. Er verlangte eine öffentliche Ausschreibung. Besonders stark engagiert in der Sache war LIDER, eine der größten Oppositionsfraktionen im Kongress. Sie stand mit den Gewerkschaften Seite an Seite bei ihren Protesten in Puerto Quetzal und machte – selbst wenn übrige KollegInnen gleiches sagten – stets ihre eigene Pressekonferenz zu dem Thema. Sie wandte sich medienwirksam sogar an die CICIG. All dies geschah gleichzeitig mit der Diskussion einer Gesetzesvorlage, die der Transparenz öffentlicher Aufträge dienen und die Korruption, gerade auch im Kongress selbst, bekämpfen sollte.

### **... und verwässert die entsprechenden Gesetzesinitiativen?**

Im August 2012 standen gleich mehrere Gesetzesinitiativen auf der Tagesordnung, die sich im weitesten Sinne mit Transparenz und der Korruptionsbekämpfung beschäftigten. Da gibt es etwa den Entwurf 4461 betitelt „Gesetz zur Förderung der Institutionalisierung eines transparenten und qualitativ hochstehenden Öffentlichen Ausgabepolitik“, der nach Einschätzung des Zentralamerikanischen Instituts für Fiskalstudien (ICEFI) den Rechnungshof stärken und die Durchsetzung der Normen über eine transparente Treuhandschaft der öffentlichen Hand, NROn und Entwicklungsräten verbessern und Überweisungen, Steurrückzahlungen und andere potentiell undurchsichtige Verfahren erhellen könnte. Sowohl die Ökonomen wie manche Parlamentarier hofften, dass die Legislative das Gesetz noch vor dem Haushalt 2013 verabschieden könnten. Daraus wurde jedoch bisher nichts. Der Widerstand jener, die von der Intransparenz profi-

tieren ist groß. Das zeigt auch die Diskussion über den Gesetzentwurf zum Straftatbestand der illegalen Bereicherung: Die Regierungspartei PP hat einen Änderungsantrag eingebracht, der den alten Entwurf, der von der CICIG, der CEG oder dem Institut für vergleichende Strafrechtsstudien unterstützt wird, ohne Zweifel verwässert. Der PP-Abgeordnete, Pedro Muadi Menendez, erklärte, dass sich die Änderungen unter anderem darauf beziehen, dass der Straftatbestand der illegalen Bereicherung nur auf Individuen, nicht aber auf juristische Personen angewendet werden solle. Der Tatbestand der Bestechung solle nur bei öffentlichen Bediensteten Anwendung finden, womit Abgeordnete nicht eingeschlossen seien, da diese Würdenträger seien. Auch für den Privatsektor gelte der Tatbestand mit der PP-Formulierung nicht mehr. Daneben fordert die PP einen neuen Gesetzesartikel, der die Schaffung eines Präsidialen Sekretariats für Kontrolle und Transparenz vorsehe.

Manfredo Marroquin nannte diesen Änderungsantrag ein Laster; bei einem Straftatbestand, der in jedem Land dieser Erde bestraft würde, gebe es in Guatemala ein unwürdiges Gefeiß um Formulierungen. Dies geschehe, so kritisierte Amilcar Pop, weil die, die von der Korruption profitierten, nichts ändern wollten. Aber selbst mit diesen Änderungen, sei dieses Gesetz besser als nichts, meinte Marroquin.

### Ex-Polizeichef in Genf verhaftet

**Genf. 6. Sept.** Der ehemalige guatemaltekische Polizeichef (2004-2007) Erwin Sperisen ist am 31. August in Genf verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn als Drahtzieher aussergerichtlicher Hinrichtungen während seiner Amtszeit als Chef der Nationalen Zivilpolizei (PNC).

#### Hintergründe der Verhaftung

Die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) beschuldigt Sperisen, kriminelle Strukturen zur Hinrichtung von Häftlingen aufgebaut zu haben. Konkret bezieht sich die CICIG auf den Fall im Gefängnis El Pavón, das am 26. September 2006 von 3.000 Polizisten und Soldaten gestürmt worden war, um die Kontrolle über die Haftanstalt wieder zu erlangen. Sieben Häftlinge wurden wegen mutmasslichen Drogenhandel und Erpressungen im Gefängnis verhaftet und anschliessend hingerichtet. Bereits ein Jahr zuvor hatte die Polizei im Rahmen des Plans Gavilán drei der 19 Häftlinge getötet, die aus dem Hochsicherheitsgefängnis Infiernito geflohen waren. In beiden Fällen wurden die Spuren an den Tatorten vernichtet und die Todesfälle als Folge der Konfrontation zwischen Polizei und Häftlingen dargestellt. Nach Recherchen von Nichtregierungsorganisationen soll Sperisen auch für den Tod von neun BäuerInnen bei der Räumung der Finca Nueva Linda im Jahr 2004 verantwortlich sein.

#### Warum in Europa?

Sperisen und der damalige Innenminister Carlos Vielmann verloren ihre Posten nach dem Skandal um die Ermordung dreier Parlamentarier aus El Salvador im Jahr 2007 (**¡Fijáte!** 380-383). Sperisen, der die guatemaltekische wie auch die schweizerische Staatsbürgerschaft besitzt, setzte sich nach Genf ab, wo sein Vater Guatemala bei der Welthandelsorganisation vertritt. 2010 erhob die Generalstaatsanwaltschaft Guatemalas Anklage gegen ihn und erliess einen internationalen Haftbefehl. Im gleichen Jahr eröffnete die Genfer Staatsanwaltschaft aufgrund der Anzeige mehrerer Menschenrechtsorganisationen aus dem Jahr 2008 eine Strafuntersuchung gegen ihn. Aufgrund der Informationen, welche Guatemala den Behörden in der Schweiz als Antwort auf ein Rechtshilfesuch übermittelte, wurde Sperisen am 31. August in Genf verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Die Staatsanwaltschaft Genf hatte die Dokumente gesichtet und war zum Schluss gekommen, dass es «wichtige Verdachtsmomente» gebe, die Sperisen in verschiedenen Fällen von Hinrichtungen belasten. Sperisen streitet die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ab. Am 3. September 2012 ordnete das Genfer Gericht an, dass Erwin Sperisen wegen Fluchtgefahr weitere drei Monate in Untersuchungshaft bleiben muss. Zwar verhindert seine Schweizer Nationalität die Auslieferung an Guatemala, nicht aber einen Gerichtsprozess in der Schweiz. Sollte die Genfer Justiz ihn wegen der aussergerichtlichen Hinrichtungen verurteilen, droht ihm eine lange Haftstrafe. Die Akte Sperisen liegt nun in den Händen des ersten Staatsanwaltes von Genf, Yves Bertossa.

Auch andere frühere Regierungsmitglieder Guatemalas, die nach Europa geflüchtet sind, wie zum Beispiel Carlos Vielmann nach Spanien und Javier Figueroa nach Österreich, sollen für mutmassliche Verbrechen im zentralamerikanischen Land zur Verantwortung gezogen werden. „Die Verhaftung von Erwin Sperisen in der Schweiz sollte all jenen zu denken geben, die meinen, Rang und Status oder – wie im vorliegenden Fall – ein anderer Pass könnten sie vor der gerechten Strafe schützen“, erklärte Sebastian Elgueta, Guatemala-Experte von Amnesty International. Weiterhin gab Elgueta an: „Sperisens Verhaftung zeigt, dass die Strafverfolgung keine Grenzen kennt. Dank der Zusammenarbeit der StrafverfolgerInnen und AnklägerInnen verschiedener Länder können Leute, die im Verdacht stehen, schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, zur Verantwortung gezogen werden. Wir fordern die österreichischen und spanischen

Behörden dringend auf, alles zu tun, damit es für die Angehörigen von Opfern aussergerichtlicher Hinrichtungen Gerechtigkeit geben kann.“ (Prensa Libre, Tagesanzeiger, Amnesty International, Portal Amerika 21.de; siehe auch verschiedene Ausgaben der **¡Fijáte!**, z.B. 486 und 499).

### Neues aus der Parteienlandschaft

**Guatemala Stadt, 2. September 2012 (CEG)** Nachdem im August PAN, Unionistas und GANA eine parlamentarische Zusammenarbeit vereinbarten, sich jedoch noch nicht zu einer neuen Partei vereinten, taten einige UNE-Abtrünnige und Unabhängige sowie die Verdes (Grünen) genau dies: Sie gründeten eine Partei. Sie trägt den originellen Namen „Todos“ (Alle) und wird von dem ehemaligen Parlamentspräsidenten Roberto Alejos sowie seinem Cousin Felipe angeführt. Sie wollen am 20. September einen Antrag bei der Wahlbehörde TSE stellen, um bei Wahlen antreten zu können. Sie bezeichnen sich als SozialdemokratInnen, wollen sich um die Jugend und Frauen kümmern. Die Parteifarbe wird dunkelviolett sein, das Parteilogo ist eine offene Hand. Die UNE zeigte sich wenig beeindruckt von der Parteigründung ihrer ehemaligen MitstreiterInnen. Alejos sei kein Rivale. Er gebe der neuen Partei 10 Jahre, um sich zu etablieren, sagte Mario Taracena. Angesichts des Exodus Dutzender UNE-AktivistInnen im letzten Jahr sollte er sich da nicht so sicher sein. Ein Politik(stil)wechsel ist mit dieser neuen Partei nicht zu erwarten, vermutet die **¡Fijáte!**-Redaktion.

### Strategiediskussion bei der URNG

**Guatemala-Stadt, 26. August 2012 (CEG)** Auf dem Parteitag der Nationalen Guatemalteken Revolutionären Union, URNG ging es um eine Neudefinition der Strategie mit dem Ziel politischer Macht zu erlangen. 700 Delegierte aus 20 Departments diskutierten in verschiedenen Arbeitsgruppe über die Geschichte der Partei, die Parteienlandschaft und politische Situation allgemein sowie über parteiinterne Dinge. Die vierte Gruppe diskutierte über die zukünftige Arbeit. Zu den letzten beiden Themen sagte der einzige URNG-Abgeordnete im Kongress, Carlos Enrique Mejía Paz, dass das Ziel des Kongresses sei, die interne Organisation der Partei zu verbessern. „Wonach wir suchen ist eine Antwort auf die Frage, welche Partei wollen wir und wie können wir die Aktivitäten verbessern, damit wir bei den nächsten Wahlen besser abschneiden. Die Partei der ehemaligen Guerilla(s) befinde sich – so fährt er fort – in einer Phase der Evaluation und Analyse, sowie der Kritik und Selbstkritik, um Methoden und Strategien zu finden, die es erlauben, die Kraft wiederzufinden, die sie Bewegung einmal gehabt hat. Das schließt für den Generalsekretär der URNG, Héctor Nuila, auch eine Neudefinition der Arbeitsweise, aber auch die Anpassung der Programmatik an die neuen Realitäten im Land ein. Es sei wichtig, die verschiedenen Kräfte innerhalb der Linke zu stärken, um diese Kräfte in einer repräsentativen und demokratischen Partei zu vereinen. Der Kongress fand im Hotel Conquistador Ramada, Zona 4 statt und feierte zugleich das dreißigjährige Jubiläum der Vereinigung der Guerilla-Gruppen von 1982.

### Was deutsche Medien über Guatemala berichten: Vulkan Fuego spuckt

**Guatemala-Stadt, 13.09.2012 (dpa)** - Nach starken Asche-Eruptionen des Vulkans Fuego sind tausende Menschen im Süden Guatemalas in Sicherheit gebracht worden. Wie der Katastrophenschutz des mittelamerikanischen Landes am Donnerstag (Ortszeit) mitteilte, mussten 10 600 Menschen aus mehreren Gemeinden um den 3763 Meter hohen Vulkan ihre Häuser verlassen. Den Angaben zufolge dürfte sich die Zahl der Betroffenen auf 33 000 erhöhen, da weitere Gemeinden durch den Ascheregen bedroht seien. Bei den schweren Explosionen wurde das vulkanische Material bis zu 3000 Meter hoch über den Krater geschleudert, wie das vulkanologische Institut (Insivumeh) mitteilte. Der Fuego ist laut Insivumeh der aktivste Vulkan der vergangenen Jahre in Mittelamerika. Er liegt mit drei weiteren Vulkanen in der Nähe der alten guatemalteken Hauptstadt Antigua, einer der touristischen Attraktionen des Landes. Über seinem Krater ist meist eine Rauchwolke zu sehen.

### Die Vergangenheit in der Küche

**Chajul, 07.09.2012** Der National Geographic brachte kürzliche einen interessanten Bericht über aussergewöhnliche archäologische Funde in Guatemala. Vor fünf Jahren wollte Lucas Asicona Ramírez sein Haus in Chajul renovieren und begann, die Tapeten und den Putz von den Wänden abzukratzen. Dabei stiess er in seiner Küche auf eine Mauer mit Zeichnungen aus der Maya-Zeit. Der Archäologe Jarosław Żralka ist der Meinung, dass der Fund seit Hunderten von Jahren das erste Mal wieder das Licht der Sonne erblickt. Die Malereien stellen Figuren dar, die eine Mischung aus tra-

ditioneller Mayakleidung und spanischen Kleidungsstücken tragen. Einige halten etwas in ihren Händen, das wie menschliche Herzen aussieht. Es könnte eine Art traditioneller Tanz sein, der auf der Mauer dargestellt wurde. Leider hat die Freilegung der Zeichnung dazu geführt, dass deren Farben rasch verblässen. Es bleibt nur wenige Zeit, um ihr ihre Geheimnisse zu entlocken. Aber schon allein der Fund ist erstaunlich und dass er all die Zeit überhaupt erhalten blieb. Auf der Zeichnung erkennt man weiterhin einen Flötenspieler, der für eine Figur in Mayakleidung spielt. Żrałka geht davon aus, dass die Bilder nach der Eroberung Guatemalas durch die Spanier entstanden sind. Das Haus ist mindestens 300 Jahre alt und der Stil erinnert an die Illustrationen, die man in Texten aus der Region aus dem 17. und 18. Jahrhundert findet. Man kann davon ausgehen, dass das Haus wohl einst einer wichtigen Person gehört hatte. Die Stadt Chajul selbst liegt im Ixil-Dreieck im Norden des Departments El Quiché und damit isoliert von den grossen, südlichen und (nord-)östlichen Städten, die entweder im Jahr 900 aus mysteriösen Gründen zusammen brachen oder später von den Konquistadoren erobert wurden. Die Lage half dabei, der Eroberung durch Spanien eine Zeit lang zu entgehen. Es wäre interessant für die ForscherInnen, weitere Häuser zu besichtigen. Allerdings hat sich im Laufe der Zeit, aufgrund der Gewaltverbrechen der Vergangenheit und der Armut der Bevölkerung, ein gut verständliches Misstrauen gegenüber Fremden entwickelt. Das machte Żrałkas Versuche, andere Malereien zu entdecken, zunichte.

### Solidaritätshängematte

Eigentlich bringt **¡Fijáte!** keine Spendenaufrufe. Nun sind wir aber auf eine Verkaufsaktion der anderen Art gestossen.

Ramiro Choc, ein indigener Gemeindeführer aus dem Department Izabal, der im Februar 2008 verhaftet wurde und dem Landfriedensbruch, Entführung und Raub vorgeworfen wird, stellt Hängematten her und verkauft sie aus dem Gefängnis heraus (siehe **¡Fijáte!** 406).

Warum wurde Choc verhaftet? Es wurden damals 19 Polizeibeamte von Ramiro Chocs Gemeinde festgehalten. Nach Aussagen Chocs, war er selbst allerdings nicht anwesend. Auch wurden diesen Beamten die Waffen abgenommen, daher die Anzeige wegen Diebstahl. Besagte Beamten wurden unversehrt freigelassen, Ramiro Choc als Verantwortlicher verhaftet. Schließlich wurden in der Nähe der Gemeinde vier belgische Touristen und ihre zwei guatemalteckischen Reiseführer entführt, um die Freilassung Chocs zu fordern. Auch diese Personen wurden schnell wieder freigelassen und die Verantwortung wiederum Choc zugeschoben. Da Ramiro Choc wenig finanzielle Unterstützung, wohl aber Frau und Kinder hat, kam er auf die Idee, während seiner „Freizeit“ Hängematten anzufertigen und zum Preis von 800 Quetzales (etwa 80 Euro) zu verkaufen. Wer daran interessiert ist, kann uns eine e-mail schicken oder sich direkt mit der Plataforma Holandesa in Verbindung setzen, da diese das Ganze koordiniert.

#### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

#### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

#### **Herausgeber:**

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

#### **Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

#### **Abo in der Schweiz:**

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6